

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage des Erntedankfestes und Heiligabend.
Der Preis für die 34 neue breite Gelb- und Rotgelbdrucke im Umkreisgebiet 12,50 (Postzusatz) und im übrigen Gebiete 15,00, auswärts 20,00 für die 30 neuen breiten Fein- und Gelbdrucke 20,00, auswärts 25,00 für die 30 neuen breiten Fein- und Gelbdrucke 25,00, auswärts 30,00.
Postfach-Nr. 12225.
Verlags- und Druckerei: Erzgeb. Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbandes Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue, Ebnitz, Schwarzenberg und Schwarzenberg, der Stadträte in Grünhain, Ebnitz, Neukirchen und Schwarzenberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.
Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.
Verlag G. M. Gärner, Aue, Erzgeb.
Fernsprecher: Aue 41 und 91, Ebnitz (Ruf Nr.) 440, Schwarzenberg 10, Schwarzenberg 5316. Druckort: Zellwiese Schwarzenberg.

Anzeigen-Annahme für die am nächsten erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Die Gebühren für die Anzeigen der Anzeigen sind in den Anzeigen angegeben. Die Anzeigen sind in den Hauptgeschäftsstellen zu übernehmen. Die Anzeigen sind in den Hauptgeschäftsstellen zu übernehmen. Die Anzeigen sind in den Hauptgeschäftsstellen zu übernehmen.

Nr. 301.

Sonntag, den 28. Dezember 1930.

83. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Die Vollzeitsunde am Silvester, den 31. Dezember 1930, wird auf nachts 3 Uhr festgesetzt.
Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, den 27. Dez. 1930.
Folgende im Grundbuche für Schwarzenberg auf den Namen des Schneidemeisters **Friedrich August Müdel** in Schwarzenberg eingetragenen Grundstücke sollen
Freitag, den 13. Februar 1931, vormittags 11 Uhr
an der Gerichtsstelle zum Zwecke der Aufhebung der Erben-gemeinschaft versteigert werden.
1. Blatt 165, nach dem Flurbuche 5,0 Ar groß und nach dem Verkehrswert einschl. 815 RM. für Inventar, auf 46 415 RM. geschätzt. Die Brandversicherungssumme beträgt 62 000 RM.; sie entspricht dem Friedensauspreis vom Jahre 1914

(§ 1 des Gef. v. 18. 3. 1921, G. B. I. S. 72). Das Grundstück liegt in Schwarzenberg unweit des Marktes zwischen der Bahnhofsstraße und der großen Badergasse. Es ist mit einem massiven dreigeschossigen Wohn- und Geschäftshaus, einem an dieses rückwärtig anschließenden Flügelgebäude (zweigeschossig), einem eingeschossigen Ladenanbau und einem weiteren Anbau am südlichen Giebel für Aborte bebaut.
2. Blatt 121, nach dem Flurbuche 4,1 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 1640 RM. geschätzt. Das Grundstück ist unbebaut und steht mit dem unter 1. genannten Grundstück in einem wirtschaftlichen Zusammenhang.
Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 41).
Rechte auf Befriedigung aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 7. Oktober 1930 ver-

lautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungsterm vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzugeben.
Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat auf vor der Erteilung des Auftrags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt. **Za 23/30**
Schwarzenberg, den 22. Dezember 1930. Das Amtsgericht.
Weitere amtliche Bekanntmachungen befinden sich in der Beilage

Kurze politische Jahresbilanz.

RA. Bald läuten die Neujahrschloren, läuten den Grabgang des alten Jahres. Neue Aufgaben, neue Kämpfe liegen vor uns, vor jedem von uns. Und wie jeder die Erfolge und Misserfolge überprüft, die ihm in seinem Beruf die vergangenen zwölf Monate gebracht haben, so gilt es auch an diesem Zeitpunkt eine politische Jahresbilanz aufzumachen.
War das Jahr für die deutsche Nation insgesamt gesehen erfolgreich, oder bedeutet es einen Rückschritt? Unter dem grauen Eindruck der wirtschaftlichen Not, die jeden einzelnen von uns auf das schwerste betroffen hat, wird die Antwort auf diese Frage allzu leicht sehr pessimistisch lauten. Aber zu dieser Verallgemeinerung des Urteils ist gar kein Grund. Allerdings gälte es hier die wirtschaftspolitische Rechnung aufzumachen, dann müßte ein Minusposten an den anderen gereicht werden. Während wir aber wirtschaftspolitisch gesehen nach unten abtauchten, während auch die außenpolitische Lage Deutschlands stagnierte, ist es wenigstens innenpolitisch vorwärts gegangen.

Wir sagten, die deutsche Außenpolitik sei stagniert. Sie hat sich also nicht in solch katastrophalem Ausmaße verschlechtert wie etwa die wirtschaftspolitische Situation. Aber es sind auch keine Schritte nach vorwärts getan. Und das ist in der Lage, in der wir uns befinden, betrübend genug. Vor einem Jahre standen die Kämpfe auf dem Höhepunkt, die in Deutschland um die Revision des Dawes-Planes und unter dem neuen Young-Plan entbrannt waren. Von nationaler Seite wurde kein Zweifel daran gelassen, daß der Young-Plan in der Form etwa, die er gegen die heftigsten Proteste des damaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht angenommen hatte, für Deutschland wirtschaftlich untragbar und daher abzulehnen sei. Das sozialistische Kabinett Müller, dessen leichtfertiger Finanzminister unseligen Andenkens, Hilsberg, auch hier einer der Hauptschuldigen ist, schlug alle Warnungen in den Wind. Der Young-Plan wurde so Wirklichkeit und heute sehen wir, daß Deutschland unter dieser Willkürlast erstickt. Heute wissen wir, daß mit besseren Männern und bei kühlerer Vorbereitung die verpfuschte Revision der Reparationslasten von neuem in Gang gebracht werden muß.

Das gilt in gleichem Maße von den Polenverträgen, die ebenfalls auf das Schuldkonto der Sozialdemokratie zu setzen sind. Auch sie wurden trotz der energigsten Abwehr des nationalen Deutschland Wirklichkeit, und alles, was wir damals voraus sagten über die Verschleißtheit dieser Ostpolitik, hat sich inzwischen bestätigt. Jene Einkreisler in Deutschland, die glaubten, eine Verständigungspolitik nach westlichem Muster auch gegenüber unserem östlichen Nachbarn betreiben zu müssen, haben weiter nichts erreicht, als daß wir freiwillig Waffen aus der Hand gegeben haben, mit denen wir den diplomatischen Kampf gegen Polen führen konnten. Erst vor kurzem haben wir es erlebt, daß das Pilsudski-Regime in Polen einen Generalangriff gegen das Deutschland geführt hat, mit dem offensichtlichen Ziel, dieses Deutschland zu erschmettern. Und ebenso sehen wir, daß die außenpolitische Aktivität Polens sich in verstärktem Maße gegen das wirtschaftlich ausgehöhlte Danzig, gegen Oberschlesien und gegen Dniprußien wendet.

Man hat von verantwortlicher Seite aus die außenpolitischen Dinge treiben lassen. Das ist ein schwerer Vorwurf, den wir erheben müssen und den wir durch positive Forderungen, welche die Außenpolitik des kommenden Jahres beherzigen müssen, ergänzen wollen. Nachdem jetzt die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen dafür geschaffen sind, gilt es, mit allen Kräften die Revision des Young-Planes zu betreiben, um so mehr, weil die Lastenverminderung uns auch wirtschaftspolitisch einen Auftrieb geben würde. Die Revision der Ostgrenzen hat ebenfalls im Mittelpunkt unserer Außenpolitik zu stehen, und mit aller Deutlichkeit muß jetzt der Anspruch auf die Aufrüstung Deutschlands vertreten werden, nachdem sich in Genf wiederum die Abstützungswilligkeit der anderen gezeigt hat. Schließlich sei hinzugefügt, daß es nicht länger angeht, daß man in der Wilhelmstraße den wirtschaftspolitischen Bemühungen um ein Mitteleuropa, wie sie etwa von Belgrad, Bukarest und auch Budapest aus vorwärts getrieben wurden, untätig zu-

sieht. Die Mitteleuropa-Idee muß von uns dem französischen Paneuropogedanken gegenübergestellt werden!
Bersäumnisse von gestern und Aufgaben von morgen müssen wir bisher darlegen. Auf dem Gebiete der Innenpolitik kann man erfreulicherweise dagegen auch von Erfolgen sprechen. Von dem Erfolg, daß es gelungen ist, die Sozialdemokraten aus der Reichsregierung herauszumanövrieren, daß eine bürgerliche Regierung gebildet wurde, die sich wenigstens etwas freier schon als früher von den Parteien in dem Parlament gemacht hat. Wir müssen es begrüßen, daß man fast allgemein die Formaldemokratie und den absoluten Parlamentarismus für reiflos abgewirtschaftet ansieht und weitestgehende Reformen fordert. Diese Forderung ist ebenfalls freudlich wie die, daß die nationale Welle in Deutschland in diesem Jahr so hoch gestiegen ist, daß man das völlige Ende der sozialdemokratischen Bonzenwirtschaft voraussetzen kann. Denn während die nationale Flut ständig stieg, während etwa die Reichstagswahl einen großen

Erfolg brachte, wenn man sich einmal nicht auf den Sonderstandpunkt einzelner Parteien stellt, sondern die gesamte nationale Front sieht, bröckelte ein Stein nach dem anderen aus dem sozialdemokratischen Bau. Die Sozialdemokratie hat keinen Nachwuchs mehr, die Jugend verläßt diese Partei und wendet sich zum Teil dem Nationalismus zu.
Innerpolitisch ist es also alles in allem gesehen vorwärts gegangen. Aber doch erst einige Schritte. Denn die großen Entscheidungen stehen noch aus. An uns ist es, sie im kommenden Jahre herbeizuführen! So wie die große Wende in der Außenpolitik, von der wir sprachen, die historische Aufgabe der kommenden Zeit ist, so gilt es, auch innenpolitisch die völlige Abkehr von der verfehlten Politik der letzten zehn Jahre von einem morschen, weil auf jumpfigem Boden errichteten System, herbeizuführen. Die Ansätze zu dieser Politik sind da, das erwähnten wir. Aber doch erst die Ansätze, weil die Reichsreform und die Verfassungsreform, die eine unabhängige Staatsführung sichern, noch nicht einmal in Angriff genommen sind. Noch ist Preußen in der Hand der Sozialdemokratie, und auch dieses Volkwerk muß erst erklüftet werden, damit wir sagen können, daß unser Vaterland wieder zu einem nationalen und christlichen Deutschland geworden sei!

Was halten Sie von einer Regierungsbeilegung der NSDAP? Führende Persönlichkeiten bejahen die Frage.

Berlin, 24. Dez. Die „Deutsche Wg. Ztg.“ hat an eine kleine Anzahl hervorragender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus den verschiedenen Parteien die Frage gerichtet: „Was halten Sie von einer Regierungsbeilegung der NSDAP?“ und veröffentlicht nun die Antworten.
Generaloberst von Seeckt beantwortet die Frage, ob eine Beilegung der Hitlerpartei an der Regierung wünschenswert sei, mit uneingeschränktem Ja. Seeckt sagt, sie sei mehr als das, sie sei notwendig. Er betont, daß er dieses Ja nicht im engen parteipolitischen und parlamentarischen Sinn verstanden wissen möchte. Einen notwendigen Bestandteil der Regierung der Zukunft müsse aber das sein, was in der nationalsozialistischen Bewegung den echten Kern bildet, nämlich das nationale Empfinden, der Wehrwille, das soziale Verständnis, alles getragen von einem jugendlichen, reformbetriebenen Auftrieb.

Dr. Schacht weist in seiner Antwort auf seine Münchener Rede hin, wo er am Schluß erklärte: Wenn es unmöglich ist, gegen die Sozialdemokratie zu regieren, dann ist es auch nicht möglich, gegen die ebenso starke extreme Rechte zu regieren, die am 14. September durchaus nicht für Hitlers Wirtschaftsprogramm gestimmt, sondern nur ihrem Lebenswillen Ausdruck gegeben und so dem Ausland hat bekunden wollen, daß sie nicht eine zugrundehelende Nation werden wollte.
Unterschieds-Professor Schäfer-Rostock sieht es als zweifelhaft an, ob schon jetzt eine Beilegung der NSDAP an der Regierung wünschenswert wäre. Es sei zu befürchten, daß dadurch die Bewegung zu einer politischen Linie gezwungen werden könnte, die ihr notwendig ihre innere Aufrüstung rauben würde. Es sei außerdem sehr zu wünschen, daß der von der Bewegung ausgehende Druck sich auch noch bei den nächsten Wahlen verstärke. Denn ohne diesen Druck würde wahrscheinlich weder die Außenpolitik (aktive Revisionspolitik) in der wünschenswertesten Stärke vorangetrieben, noch die innenpolitische Säuberungsaktion im notwendigen Ausmaß durchgeführt werden. Die nationalsozialistische Bewegung werde vielleicht eben als „Bewegung“, nicht als Partei ihre wichtigste Bedeutung entfalten.

von Oldenburg-Januschau spricht die Meinung aus, daß nach seiner Überzeugung die NSDAP das unstrittige Recht bestünde, an den Regierungsbildungen der Zukunft beteiligt zu werden. Es sei nicht einzusehen, weshalb dieses Recht der SPD gewährt, der NSDAP aber verweigert wird. Außerdem hätte er lieber Dr. Frick als Dr. Brüch zum Reichsinnenminister.

Ausfall zum Preußen-Volksbegehren.

Berlin, 26. Dez. Der Bundesvorstand des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, hat folgenden Beschluß gefaßt: Trotz des nationalen Erfolges des 14. September hat sich erwiesen, daß in diesem zusammenbrechenden System von 1918 das deutsche Schicksal allein partei- und parlamentspolitisch nicht mehr zu meistern ist. In dieser Erkenntnis hat die Stahlhelmführung bereits in Koblenz zum Kampf um Preußen aufgerufen. Wer Preußen hat, hat das Reich! Im Kampf des Stahlhelms um die Freiheit des Reiches und zur Abwehr der drohenden bolschewistischen Revolution werden wir die Aufhebung des überläufigen und dem Willen des Preußen-Volkes nicht mehr entsprechenden Landtags durch ein Volksbegehren erzwingen. Die Verhandlungen mit den anderen nationalen Gruppen und den Parteien seien wir fort. Inzwischen wird sich der Stahlhelm zur Durchführung seiner selbständigen Freiheitspolitik einen Kampffonds schaffen.

Sachsens Vertretung bei der Reichsbahn.

Berlin, 26. Dez. Von den am 31. Dezember aus der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ausscheidenden Mitgliedern hat die Reichsregierung Geheimen Kommerzienrat Dr. Peter Kildner, Reichsbahndirektionspräsident a. D. von Hertel, Staatssekretär a. D. Dr. Stieler und Hermann R. M. Mühlmeier wieder ernannt. Ferner sind Landrat a. D. Freiherr von Wilmowitz, Martenthal bei Gartensberg, und Ministerialdirektor Gehelmer Rat Dr. Aken, Dresden neu ernannt worden. von Hertel ist von der bairischen Regierung, Dr. Stieler von der württembergischen Regierung und Dr. Aken von der sächsischen Regierung benannt worden.

Berlin, 26. Dez. Das „Attentat“, das der 36jährige Maler Christian Schäfer im Reichsarbeitsministerium verübt hat, indem er auf einen Amtsgehilfen im Ministerialbüro der ihn nicht zum Minister Stegerwald vorlassen wollte, mit einer Scheintatpistole anlegte, sollte vor dem Schnellgericht seine Sühne finden. Die Verhandlung mußte aber vorzeitig abgebrochen werden, da der Angeklagte, der zweifellos Querulant ist, es rundweg ablehnte, Auskunft auf die Fragen des Schnellrichters zu geben. Schäfer wird dem Anwalt zur Untersuchung auf seinen Geisteszustand überwiesen.

Lissabon, 27. Dez. Der geflüchtete spanische Fliegermajor Franco hat sich an Bord eines Dampfers nach Antwerpen eingeschifft.